

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Siegfried Neumann
2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hans Hartmann (*TOP 5.7.1 bis TOP 5.7.4*)

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager (*bis TOP 5.8.1*)

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Mitglied Die Linke:

Ratsmitglied Johann Janssen (*bis TOP 5.9.3*)

Ortsratsmitglied:

Ortsbürgermeister Kurt Nittel (*bis TOP 5.9.3*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von der Verwaltung:

Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Gerold Gießenberg (37) (*bis TOP 5.9.3*)
Thomas Brandt (37) (*bis TOP 5.9.3*)

Vom Eigenbetrieb:

Betriebsleiter GGS Oliver Leinert (17) (*nur öffentlicher Teil*)
Betriebsleiter RNK Jörg Brost (54) (*bis TOP 5.6.1*)
Betriebsleiter WEB Olaf Schröder (83)

Von den städtischen Gesellschaften:

Kommissarischer Geschäftsführer Jürgen Janßen (WFG GmbH)
Geschäftsführer Raymond Kiesbye (WTF GmbH), (*bis TOP 5.7.4*)
Wolfgang Ammen (WTF GmbH)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.12.2009
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: keine
- 5 Vorlagen an den Rat:
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen:
 - 5.1.1 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - Multikulturelles Kinderfest
 - 5.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Absatz 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) im Fachbereich 50
 - 5.1.3 Annahme einer Zuwendung (Grundplatte für Gedenkstein Wilhelm Krökel) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO
 - 5.1.4 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO - Dienstfahrzeug
 - 5.1.5 Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr in 2009
 - 5.1.6 Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr
 - 5.1.7 Annahme einer Zuwendung (Sportlerehrung 2010) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO
 - 5.2 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2011 für kostenrechnende Einrichtungen
 - 5.3 Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 6 Mitglieder für die Wahlperiode 2011 bis 2016
 - 5.4 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan 2007 - 2013
 - 5.5 Landesförderung für den Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Sicherheitsbestellung
 - 5.6 Wirtschaftspläne 2010 der Eigenbetriebe:
 - 5.6.1 Wirtschaftsplan 2010 des RNK Eigenbetriebes
 - 5.6.2 Wirtschaftsplan WEB 2010
 - 5.6.3 Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Straße und Grün
 - 5.6.4 Wirtschaftsplan 2010 der „Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven“
 - 5.6.5 Wirtschaftsplan GGS:
 - 5.6.5.1 Antrag Gruppe BASU Ober-Bloibaum/Tholen: Erstellung eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage des Eisenbahner-Sportvereins
 - 5.6.5.2 Antrag SPD-Fraktion: Aufnahme der Gesamtinvestition für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße (Kunstrasen) in den Wirtschaftsplan 2010 GGS
 - 5.6.5.3 Wirtschaftsplan GGS 2010
 - 5.7 Wirtschaftspläne 2010 der städtischen Gesellschaften:
 - 5.7.1 Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
 - 5.7.2 Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
 - 5.7.3 Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
 - 5.7.4 Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH
 - 5.8 Steuersatzungen:
 - 5.8.1 Änderung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) in der Stadt Wilhelmshaven

- 5.8.1.1 Gewerbesteuer
- 5.8.1.2 Grundsteuer B
- 5.8.2 Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
- Erhöhung der Hebesätze -
- 5.8.3 Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung
- Erhöhung der Steuersätze -
- 5.9 3. Nachtrag Haushalt 2009/2010:
- 5.9.1 Zuschussanträge
- 5.9.2 Ergebnishaushalt
- 5.9.3 Haushaltssicherungskonzept (HSK)
- 5.9.4 Finanzhaushalt
- 5.9.5 3. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2009/2010 einschließlich Konkretisierung des Haushaltssicherungskonzeptes
- 6 Bericht des Unterausschusses zur "Umstrukturierung/Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven"
- 7 Mitteilungen und Anfragen:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.12.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.12.2009 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:

-keine-

5 Vorlagen an den Rat:5.1 Annahme von Zuwendungen:

Frau Bauermeister stellte die Frage, wie es sein könne, dass es in einigen der folgenden Beschlussvorlagen inhaltlich um Zuwendungen für bereits in 2009 stattgefundene Veranstaltungen handele. **Stadtkämmerer Hoff** erklärte, es habe im Laufe des Jahres 2009 eine Änderung des § 83 IV der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) gegeben. Hiernach seien Zuwendungen von Dritten (*Spenden*) an die Stadt ab sofort grds. im Einzelfall vom Rat zu bestätigen. Die für die Ausführung dieser neuen Regelung notwendige Änderung der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) sei jedoch erst Anfang 2010 erfolgt. Aus diesem Grund sei eine Nachholung für einige wenige Fälle aus dem Jahr 2009 notwendig und auch zulässig.

5.1.1 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - Multikulturelles Kinderfest

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 83 Abs. 4 NGO die Annahme einer Spende über 300,- € (Dreihundert Euro) des Clubs Soroptimisten, Gitta Nietiedt, Birkenweg 24, 26384 Wilhelmshaven, für die Veranstaltung des Multikulturellen Kinderfestes im Pumpwerkpark zum Weltkindertag am 19.09.2009.

5.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Absatz 4 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) im Fachbereich Soziales (50)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme von Spenden der in der Anlage aufgeführten Personen bzw. Institutionen für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

5.1.3 Annahme einer Zuwendung (Grundplatte für Gedenkstein Wilhelm Krökel) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei Enthaltung Rech, Dr. von Teichman*)

Der Rat beschließt die Annahme einer Sachspende des Arbeitskreises Senioren der IG Metall Wilhelmshaven. Gespendet werden soll eine Grundplatte im Werte von 250 € für den Gedenkstein „Wilhelm Krökel“.

5.1.4 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO - Dienstfahrzeug

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Zuwendung der GEW aus dem Förderprogramm für Erdgasfahrzeuge für den Kauf eines Dienstfahrzeuges des Fachbereichs Umwelt.

5.1.5 Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr in 2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die Annahme der in der Begründung aufgeführten Spenden, die im Jahr 2009 nach Inkrafttreten am 20.05.2009 der §§ 83 Abs. 4 NGO und 25a GemHKVO durch den Fachbereich Feuerwehr angenommen und an den Kreisfeuerwehrverband weitergeleitet wurden.

5.1.6 Grundsatzbeschluss zur Annahme von Spenden für die Freiwillige Feuerwehr

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven genehmigt die grundsätzliche Annahme von Spenden durch den Fachbereich Feuerwehr für den Kreisfeuerwehrverband bis zur Höhe von 2.000,00 €. Bei Spenden, die diesen Betrag übersteigen, werden gemäß den gesetzlichen Bestimmungen Einzelbeschlüsse des Rates eingeholt.

5.1.7 Annahme einer Zuwendung (Sportlerehrung 2010) im Sinne des § 83 Absatz 4 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Geldspende der Firma Opel Schmidt, Wilhelmshaven, in Höhe von 1.800,00 € zur Durchführung der Sportlerehrung 2010.

5.2 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2011 für kostenrechnende Einrichtungen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum **Haushalt 2011 auf 5,4 %** (bisher 5,5 %) fest.

5.3 Verkleinerung des Rates der Stadt Wilhelmshaven um 6 Mitglieder für die Wahlperiode 2011 bis 2016

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Tjaden wies auf einen ähnlich lautenden Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen für die Sitzung des Rates am 24.02.2010 hin. Seine Gruppe plädierte für eine Verkleinerung des Rates um 6 Mandate zur nächsten Legislaturperiode.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass es ebenfalls einen ähnlich lautenden Antrag der FDP-Fraktion für o.g. Ratssitzung gebe. Auch seine Fraktion spreche sich für eine Verkleinerung um 6 Mandate aus.

Herr Prof. Reuter kündigte für seine Fraktion an, sich hier vorerst der Abstimmung zu enthalten, um in dieser Angelegenheit zunächst fraktionsintern zu beraten. Zu bedenken gab er jedoch eine aus seiner Sicht bereits heute sehr große Arbeitsbelastung für das einzelne Ratsmitglied. Außerdem müsse genau ermittelt werden, ob es sich bei dem hieraus resultierenden Einsparpotential nicht nur um „Kleinbeträge“ handle.

Herr Neumann teilte für seine Fraktion mit, den Beschlussvorschlag abzulehnen. Die Verkleinerung des Rates nannte er angesichts der stetig ansteigenden Zahl der zu bewältigenden Aufgaben den „falschen Weg“.

Herr Biehl zeigte sich unentschlossen. Einerseits sei die Arbeitsbelastung gerade für kleinere Fraktionen, bereits heute sehr groß. Andererseits sollte die Anzahl der Ratsmitglieder seiner Ansicht nach auch der Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt folgen. Seine Fraktion werde aus diesem Grund zunächst zustimmen.

Herr Tjaden stimmte Herrn Biehl in seiner Auffassung zu, die Arbeitsbelastung sei gerade für kleinere Fraktionen bereits heute nur schwer zu bewältigen. Gerade aus diesem Grund verlieh er sein Unverständnis über die Ablehnung der größeren Ratsfraktionen Ausdruck. Die Höhe des Einsparpotentials sei im Übrigen in der Beschlussvorlage genannt.

Oberbürgermeister Menzel informierte darüber, dass ein Beschluss über die Verkleinerung des Rates zwingend bis spätestens 18 Monate vor Ende der jetzigen Legislaturperiode getroffen werden müsste. Das mögliche Einsparpotential bei einer Reduzierung um 6 Mandate bezifferte er mit ca. 100.000,- € über den Zeitraum der gesamten Legislaturperiode. Auch über die Verkleinerung bzw. Zusammenlegung von Fachausschüssen des Rates sollte seiner Auffassung nach zur nächsten Legislaturperiode nachgedacht werden. Abschließend appellierte er an eine Signalsetzung zur Bereitschaft des Rates, auch über eigene Einsparungen nachzudenken.

Herr Weerda stellte in diesem Zusammenhang die Vorbildfunktion des Rates heraus. Es könne nicht angehen, dass immer nur bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung gespart werde.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
(Ja: FDP, BASU, Grüne, Nein: SPD, Enthaltung: CDU)

Die Zahl der Mitglieder des Rates der Stadt Wilhelmshaven wird aufgrund der beigefügten Satzung für die Wahlperiode „1.11.2011 bis 31.10.2016“ reduziert

von 44 um 2 auf 42 (zuzüglich Sitz des Oberbürgermeisters) *
von 44 um 4 auf 40 (zuzüglich Sitz des Oberbürgermeisters) *
von 44 um 6 auf 38 (zuzüglich Sitz des Oberbürgermeisters) *

* Genaue Festlegung der Sitze mit der Mehrheit der Stimmen des Rates

5.4 Umsetzung des Grundsatzbeschlusses des Rates zum Schulentwicklungsplan 2007 - 2013

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. Graul führte aus, der Schulausschuss habe der Beschlussvorlage im Vorfeld bereits zugestimmt. Es handele sich inhaltlich um einen rechtsverbindlichen Folgebeschluss zum Grundsatzbeschluss des Rates vom Oktober 2009.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt nachfolgende Einzelbeschlüsse:

1. Zum Schuljahr 2010/11 wird die GS Albrechtstraße aufgehoben.
2. Zum Schuljahr 2010/11 werden die katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule zusammengelegt.

5.5 Landesförderung für den Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Sicherheitsbestellung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl äußerte sein Unverständnis über die Notwendigkeit der Eintragung einer Grundschuld im Bezug auf Fördergelder des Landes. **Stadtkämmerer Hoff** stimmte Herrn Biehl in seiner Auffassung zu, das zuständige Ministerium sei leider jedoch nicht bereit gewesen, von der Forderung nach einer Sicherheitsbestellung abzurücken. Das Land sehe die generelle Gefahr eines „Trägerwechsels“ bei Krankenhäusern. Für solche Fälle solle transparent bleiben, was mit den Fördergeldern des Landes geschieht.

Oberbürgermeister Menzel nahm den vorliegenden Sachverhalt zum Anlass um festzustellen, dass das Vorhaben des Landes zur „Entbürokratisierung“ offensichtlich bisher nicht sonderlich voranschreite. Stattdessen werde für die Kommunen aus seiner Sicht immer wieder weitere Hürden aufgebaut.

Die Nachfrage von **Frau Bauermeister**, ob die vorliegende Beschlussfassung so zu verstehen sei, dass der Rat im Falle einer Zustimmung in ähnlich gelagerten Fällen beim Eigenbetrieb RNK eine generelle Zustimmung für eine Sicherheitsbestellung erteile, wurde von **Stadtkämmerer Hoff** bejaht.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven akzeptiert die geänderte Förderpraxis des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, das die Bewilligung von Fördermitteln für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus an die Eintragung einer Buchgrundschuld knüpft (hier: Buchgrundschuld in Höhe von 430.000 € -Förderung der Nukleartherapiestation des Reinhard-Nieter-Krankenhauses).

Die Zustimmung gilt auch für weitere Buchgrundschulden aufgrund von Fördermitteln, die das Reinhard-Nieter-Krankenhaus zukünftig erhalten wird, sofern das Land an dieser Praxis fest hält.

5.6 Wirtschaftspläne 2010 der Eigenbetriebe:

5.6.1 Wirtschaftsplan 2010 des RNK Eigenbetriebes

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Prof. Reuter stellte die Frage, ob die anstehenden Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten im Wirtschaftsplan bereits einbezogen seien. **Betriebsleiter Prof. Brost** entgegnete, aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Tarifverhandlungen konnten die hieraus resultierenden Personalkostensteigerungen bisher nur teilweise in die Planung einbezogen werden. Im Eigenbetrieb RNK anfallende Personalkosten würden jedoch ohnehin zu 100% von den nachgelagerten Gesellschaften der RNK-Gruppe erstattet.

Herr Biehl bat um Auskunft darüber, ob das RNK Rückstellungen für laufende Gerichtsverhandlungen bilde. **Herr Prof. Brost** antwortete, der Eigenbetrieb RNK sei gegenwärtig nicht von laufenden Gerichtsverhandlungen betroffen.

Im Hinblick auf die im Eigenbetrieb RNK vorhandenen erheblichen Rücklagen richtete **Herr Dr. von Teichman** abschließend die Frage an den Stadtkämmerer, ob dieser auch gegenüber dem RNK eine übliche „Renditeerwartung“ habe. **Herr Hoff** machte deutlich, die Rücklagen des RNK enthielten in einem großen Umfang Fördergelder des Landes. Der Kernhaushalt könne aus diesem Grund nicht ohne Weiteres auf diese Rücklagen zugreifen. Im Übrigen sei er froh, dass das RNK bereits seit Jahren ohne Zuschussbedarf aus dem Kernhaushalt auskäme.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Gruppe BASU, Grüne)

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Reinhard-Nieter-Krankenhaus –städt. Kliniken und soziale Einrichtungen – für 2010 wird beschlossen.

Ein Kassenkreditvolumen von 7.525.221 Euro wird beschlossen.

Ein Kreditvolumen in Höhe von 2.000.000 Euro wird beschlossen.

5.6.2 Wirtschaftsplan WEB 2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Fragen von **Herrn Dr. von Teichman** zur negativen Entwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung der WEB wurden von **Betriebsleiter Schröder** umfassend beantwortet. Er machte dabei deutlich, dass ein Ausgleich der Defizite mittelfristig ohne Gebührenanpassungen nicht möglich erscheine.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Gruppe BASU)

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2010 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf **5.485.100,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **0,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

5.6.3 Wirtschaftsplan 2010 Eigenbetrieb Straße und Grün

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Gruppe BASU)

Der Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sollten sich aus den Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 24.02.2010 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 637.821 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

5.6.4 Wirtschaftsplan 2010 der „Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven“

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl teilte mit, nach einer Auskunft im Kulturausschuss zahle die städtische Kunsthalle jährlich einen Betrag von 16.000,- € an die SDW. Er bat um nähere Auskunft über den Hintergrund dieser Zahlungen.

Erster Stadtrat Stoffers stellte fest, dass im Augenblick weder die Kunsthalle noch der Botanische Garten direkt von der SDW betreut werden. **Stadtrat Dr. Graul** stellte fest, dass es sich bei den 16.000,- € nicht um direkte Zahlungen der Kunsthalle an die SDW handele.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, die SDW werde jedoch zumindest mittelbar auch für die Kunsthalle oder beispielsweise den Botanischen Garten tätig, z.B. für die Kulturverwaltung im Fachbereich 40. Diese sog. „Overheadkosten“ würden dann über ein Umlagesystem teilweise auch den „Produkten“ Kunsthalle oder auch Botanischer Garten zugeordnet.

Fachbereichsleiter Valnion ergänzte, der Fachbereich 40 der Kernverwaltung (*Bildung, Kultur und Sport*) zahle jährlich ca. 1 Mio. € an die SDW. Dieser Betrag werde vom Fachbereich so genau wie möglich den einzelnen Produkten zugeordnet. Der Anteil an sog. „Overheadkosten“ (*z.B. für das Rechnungswesen*) lasse sich nicht direkt einzelnen Produkten zuordnen und werde von daher über ein Umlagesystem auf alle Produkte des Fachbereiches verteilt. Ziel sei es, die „echten Produktkosten“ im Haushalt abzubilden. Im Sinne des neuen Haushaltsrechts sei diese Vorgehensweise auch nicht zu beanstanden, sondern sogar vorgeschrieben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei Enthaltung Grüne*)

Der Wirtschaftsplan 2010 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.6.5 Wirtschaftsplan GGS:

Frau Glaser informierte, zum Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes GGS lägen zwei Anträge vor, welche bei entsprechender Zustimmung Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan hätten. Aus diesem Grund seien die Anträge vor Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan zu behandeln.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, schlug vor, die beiden vorliegenden Anträge zum Sportplatz des Eisenbahner-Sportvereins (ESV) gemeinsam zu beraten:

TOP 5.6.5.1: Antrag der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen

TOP 5.6.5.2: Antrag der SPD-Fraktion

-Die Ausschussmitglieder erklärten sich mit dieser Vorgehensweise ausdrücklich einverstanden-

- 5.6.5.1 Anträge der SPD-Fraktion sowie der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:
5.6.5.2 „Kunstrasenplatz Eisenbahner-Sportverein“

Frau Bauermeister benannte die Anträge der SPD-Fraktion sowie der Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen aufgrund der gegenwärtigen Haushaltssituation als realitätsfern.

Herr Prof. Reuter erkannte die Notwendigkeit der Erneuerung des Sportplatzes als offensichtlich an, jedoch stellte er die Realisierung noch im Haushaltsjahr 2010 in Frage. Er schlug daher vor, in den Haushalt 2011 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung einzustellen.

Herr Barkowsky argumentierte, der Zustand des Sportplatzes sei dem Rat der Stadt seit langem bekannt. Er stellte außerdem die herausgehobene Bedeutung des Vereins für die Südstadt heraus, insbesondere in der Integrationsarbeit.

Herr Weerda mahnte die Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Erneuerung der städtischen Sportanlagen an. Es müsse unbedingt auf die Gleichbehandlung aller Vereine in Wilhelmshaven geachtet werden.

Stadtrat Dr. Graul zeigte Verständnis für die Situation des ESV. Bisher sei es der Verwaltung jedoch nicht gelungen, die Finanzierung der unbestreitbar notwendigen Maßnahmen zu sichern.

Herr Dr. von Teichman stellte daraufhin den Antrag zur Geschäftsordnung auf „Schluss der Debatte“. Dieser wurde bei Stimmengleichheit abgelehnt.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich **Frau Aljets** sowie die **Herren Biehl, Tjaden, Prof. Reuter, Barkowsky, Weerda, Adam, Neumann und Menzel**.

Abschließend resümierte **Stadtkämmerer Hoff**, die Veranschlagungs- sowie die Finanzierungsreife sei derzeit nicht gegeben. Zu den ca. 900.000 € Investitionsvolumen kämen noch einmal ca. 145.000 € Folgekosten hinzu. Hierbei sei es aus Sicht der Kommunalaufsichtsbehörde auch unerheblich, ob die hierzu benötigten Investitionskredite direkt von der Kernverwaltung oder durch den Eigenbetrieb GGS aufgenommen würden. Maximal sei hier heute lediglich ein Planungsauftrag an die Verwaltung für den Haushalt 2011 denkbar.

Abschließend lies die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über beide Anträge getrennt abstimmen:

Antrag Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen: Erstellung eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage des Eisenbahner-Sportvereins

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Antrag SPD-Fraktion: Aufnahme der Gesamtinvestition für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße (Kunstrasen) in den Wirtschaftsplan 2010 GGS

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Beschluss: „Die Verwaltung wird mit der Planung zur Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße beauftragt“.

5.6.5.3 Wirtschaftsplan GGS 2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (*bei Gegenstimme Gruppe BASU*)

Der Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Ermächtigung für Kreditaufnahmen für Investitionen des Konjunkturpaketes wurde noch nicht in Anspruch genommen und besteht fort.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.469.600 € festgesetzt.

*Anschließend unterbrach die Vorsitzende, **Frau Glaser**, die laufende Sitzung von 16:40h bis 16:55h.*

5.7 Wirtschaftspläne 2010 der städtischen Gesellschaften:

5.7.1 Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Die Fragestellung von **Herrn Prof. Reuter**, ob die im Haushaltssicherungskonzept (HSK) enthaltenen Vorschläge bei der Volkshochschule bereits im Wirtschaftsplan der VHS/MS gGmbH eingearbeitet seien, wurde von **Stadtkämmerer Hoff** verneint. Bei zustimmender Beschlussfassung der Vorschläge im Rat sei der Wirtschaftsplan noch entsprechend anzupassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung zu Punkt 2.19 des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, zugestimmt.

5.7.2 Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Fachbereichsleiter Valnion informierte darüber, dass die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Vorschläge 2.1 (*Verzicht auf neuen externen Geschäftsführer*), 2.2 (*kein Beitritt der Stadt zur JWP-Logistics-Zone*) und 2.3 (*Deckelung des städtischen Anteils an die Jade-Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf max. 200.000,- €*) bereits im vorliegenden Wirtschaftsplan eingearbeitet seien.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich unzufrieden mit der Ausgestaltung des vorliegenden Wirtschaftsplanentwurfes und stellte von daher für seine Fraktion einen Antrag auf Nichtbefassung. Seiner Ansicht nach müsste der Wirtschaftsplan vollständig überarbeitet werden.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, ließ zunächst über den Antrag auf Nichtbefassung der FDP-Fraktion abstimmen:

Ja: 3 Nein: 12 Enthaltungen: 1 **-mehrheitlich abgelehnt-**

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2010 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5.7.3 Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Fachbereichsleiter Valnion teilte mit, der im Haushaltssicherungskonzept unter lfd. Nummer 2.4 genannte Vorschlag (*Aufgabe Außenstelle Nordseepassage*) sei im vorliegenden Wirtschaftsplan noch nicht enthalten. Bei zustimmender Beschlussfassung im Rat werde der Wirtschaftsplan entsprechend angepasst.

Zur Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** zur im Wirtschaftsplan vorgesehenen erheblichen Steigerung der Erlöse aus Eintrittspreisen im Jahr 2012 sagte **Stadtkämmerer Hoff** eine Klärung zu Protokoll zu.

(Anmerkung zu Protokoll: Bei den im Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2012 genannten Erlöse aus Eintrittspreisen handelte es sich nach Recherche der WTF um eine fehlerhafte Darstellung. Die Korrektur erfolgt in der Änderungsliste mit Stand: „nach FWM, für Rat“ –siehe Anlage 1 sowie „Finanzvorschau WTF“ in Anlage 4 zu Protokoll-)

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.095.700 € wird zugestimmt.

5.7.4 Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman teilte seine Auffassung mit, bei der Durchsicht des vorliegenden Wirtschaftsplanes 2010 der WTF-S würden die wahren Probleme der Stadtverwaltung offenbar. Er mahnte erneut die aus seiner Sicht dringend notwendige Umstrukturierung im „Konzern Stadt“ an.

Auf die Äußerung von **Herrn Prof. Reuter**, der Wirtschaftsplan der WTF-S bilde „nur die halbe Wahrheit ab“, entgegnete **Stadtkämmerer Hoff**, diese Auffassung sei teilweise richtig. In der Tat bestünden für die Einhaltung des Wirtschaftsplanes weitere Risiken bei einigen nachgelagerten städtischen Gesellschaften. Von der Bildung entsprechender „Drohverlustrückstellungen“ wurde jedoch abgesehen, da eine hierfür nötige hinreichende Wahrscheinlichkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegeben sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2010 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.370.105 € wird zugestimmt. Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

5.8 Steuersatzungen:

5.8.1 Änderung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) in der Stadt Wilhelmshaven

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann bat im Ausschuss um getrennte Abstimmung zur Gewerbesteuer und zur Grundsteuer B.

Die Mitglieder des Ausschusses zeigten sich hiermit ausdrücklich einverstanden.

Herr Dr. von Teichman nannte die beabsichtigten Steuererhöhungen als insgesamt nicht förderlich zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation. Seine Fraktion werde die Erhöhung beider Steuerarten folglich ablehnen.

Herr Biehl zitierte aus der Begründung zur Erhöhung der Gewerbesteuer, dass eine Anhebung für ansiedlungswillige Unternehmen nur von untergeordneter Relevanz sei und pflichtete dieser Sichtweise ausdrücklich bei. Seiner Meinung nach sei die Anhebung beider Steuerarten für die Aufstellung eines wirksamen Haushaltssicherungskonzeptes ohnehin unumgänglich. Aus diesem Grund werde seine Fraktion der gesamten Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Prof. Reuter wies auf den Umstand hin, Steuererträge dienten unter anderem auch zur Subventionierung städtischer Einrichtungen, welche unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu betreiben wären. Moderate Steuererhöhungen seien mit dieser Kenntnis zu vertreten. Außerdem habe die Stadt bei der gegenwärtigen Haushaltssituation gar keine andere Wahl.

Oberbürgermeister Menzel mahnte einen angemessenen Anteil der Wirtschaft an den Lasten zur Vorhaltung kultureller und anderer Einrichtungen an. Nur so könnten die „Lasten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ zumindest gemildert werden.

Herr Tjaden teilte mit, die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen werde die Erhöhung beider Steuerarten ablehnen. Aus seiner Sicht könne es nicht sein, dass die Kommunen ihre Einwohner aufgrund einer verfehlten Bundes- und Landespolitik noch stärker belasten. Zu berücksichtigen sei schließlich auch, dass eine Erhöhung der Grundsteuer nicht nur auf die Eigentümer von Immobilien, sondern auch auf die Mieter voll durchschlage.

Stadtkämmerer Hoff stellte klar, die Stadt müsse einen Eigenanteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Die von der Verwaltung insgesamt vorgeschlagenen Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept deckten von daher ca. 50% der benötigten Verbesserungen ab, sofern diese in Gänze vom Rat beschlossen würden.

Er stellte abschließend die Frage in den Raum, welche Interessensgruppen durch eine Ablehnung der Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer überhaupt „geschützt“ werden.

5.8.1.1 **Herr Hoff** führte ferner zur Gewerbesteuer aus:

Die Stadt sei nunmehr seit 23 Jahren sowohl Gewerbetreibenden als auch Kultureinrichtungen entgegengekommen, indem sie die Gewerbesteuer nicht erhöht hat. Wird eine Anpassung der Gewerbesteuer nicht regelmäßig durchgeführt, so müssten eigentlich in der Konsequenz Kultureinrichtungen geschlossen werden. Dies sei jedoch in der Vergangenheit in Wilhelmshaven noch nie geschehen.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die Erhöhung der Gewerbesteuer abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (In Bezug auf die Gewerbesteuer)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) für die Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2010.

5.8.1.2 **Herr Hoff** führte ferner zur Grundsteuer B aus:

80-85 Prozent der Haushalte in Wilhelmshaven seien als „nicht bedürftig“ einzustufen. Für diese „leistungsfähigen“ Haushalte seien die angedachten Steueranpassungen als insgesamt sehr moderat zu bezeichnen*. Die restlichen Haushalte lebten von Transferleistungen und seien somit von der Grundsteuer ohnehin nicht betroffen.

*(*Anmerkung zu Protokoll: Nach Berechnungen der Verwaltung wirkt sich die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B auf Mietwohnungen durchschnittlich mit ca. 0,36 € bis 1,- € monatlich aus. Vergleichsberechnung siehe Anlage 2 zu Protokoll.)*

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die Erhöhung der Grundsteuer B abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (In Bezug auf die Grundsteuer B)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) für die Stadt Wilhelmshaven zum 01.01.2010.

5.8.2 Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
- Erhöhung der Hebesätze –

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 01.10.2008.

5.8.3 Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung - Erhöhung der Steuersätze –

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Weerda nannte eine Erhöhung von jährlich 10,- € je Hund moderat. Er vermutete jedoch eine sehr hohe Dunkelziffer an nicht ordnungsgemäß angemeldeten Hunden. Eine Reduzierung dieser Dunkelziffer zur Steigerung der Steuererträge erschien ihm als der bessere Ansatz im Vergleich zur Erhöhung des Steuersatzes. Erreicht werden könne dies seiner Auffassung nach durch Bestellung von externen Ermittlern, welche anteilig an den erzielten Steuermehrerträgen beteiligt würden.

Herr Tjaden teilte seine Befürchtungen mit, eine Erhöhung des Steuersatzes könne dazu führen, dass vermehrt Hundehalter ihre Tiere ins Tierheim abgäben.

Herr Neumann erklärte, seine Fraktion werde die Erhöhung der Hundesteuer ebenfalls nicht mittragen.

Herr Biehl schlug vor, den Steuersatz nicht zu erhöhen, sondern stattdessen zu senken. Er erhoffe sich aus dieser Maßnahme eine Reduzierung der Dunkelziffer an nicht angemeldeten Hunden und somit gesteigerte Gesamtsteuererträge. Des Weiteren schlug er vor, Hundehalter, welche sich nicht angemessen um die „Hinterlassenschaften“ ihrer Tiere kümmerten, restriktiv zu ahnden.

Oberbürgermeister Menzel wies abschließend auf den hohen Verwaltungsaufwand bei der Verfolgung in solchen Ordnungswidrigkeitsverfahren hin. Die Relation zu den erwarteten Steuermehrerträgen müsse in der Betrachtung der genannten Vorschläge stets berücksichtigt werden.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.1994 in der Fassung vom 01.01.2002.

5.9 3. Nachtrag Haushalt 2009/2010:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den Tagesordnungspunkt auf und bat um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Menzel stellte die Haushaltssituation der Kommunen im Allgemeinen und die der Stadt Wilhelmshaven im Besonderen dar. Er appellierte an alle Ratsmitglieder, in der Sitzung des Rates am 24. Februar 2010 den Vorschlägen der Verwaltung zum Haushaltssicherungskonzept (HSK) in Gänze zu folgen.

Stadtkämmerer Hoff verdeutlichte, es dürfe nicht zu weiteren Ablehnungen im HSK kommen, wie z.B. bei den vorgeschlagenen Steueranpassungen. Die Genehmigungsfähigkeit sei ansonsten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen. Selbst einschließlich der Steuererhöhungen zeichne sich ein Liquiditätskreditbedarf von in der Spitze bis zu 52 Mio. € ab. Die Genehmigung des beantragten Kreditrahmens sei folglich dringend von Nöten.

Ferner teilte **Herr Hoff** mit, drei der zehn größten Gewerbesteuerzahler der Stadt hätten bereits mitgeteilt, im Jahr 2010 aufgrund von Gewinneinbrüchen keine Vorauszahlungen zu leisten. Dies führe allein in 2010 zu weiteren Mindererträgen von 3 Mio. €.

Als einzig positiver Lichtblick zeichne sich nach den vorläufigen Berechnungen der Kämmerei eine Verbesserung der Jahresergebnisse 2007 bis 2009 in Höhe von insgesamt 7,1 Mio. € gegenüber dem bisher mitgeteilten Gesamtdefizit von 21 Mio. € als Vorbelastung aus Vorjahren ab.

Der strukturelle Haushaltsausgleich könne jedoch nicht vor dem Haushaltsjahr 2015 erreicht werden. Bis zum Haushaltsjahr 2025 müssten dann jedoch noch die kumulierten Verlustvorträge aus Vorjahren ausgeglichen werden. Erst dann könne man in Wilhelmshaven wieder von geordneten finanziellen Verhältnissen zur Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit sprechen.

5.9.1 Zuschussanträge:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den Tagesordnungspunkt auf und bat um Wortmeldungen.

Herr Tjaden vertrat die Auffassung, sämtliche eingereichten Zuschussanträge sollten sehr wohl im Haushalt 2010 Berücksichtigung finden.

Herr Neumann kündigte für seine Fraktion an, sich hier erst einmal der Stimme zu enthalten, um in dieser Angelegenheit zunächst fraktionsintern zu beraten.

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die **Nichtberücksichtigung der eingereichten Zuschussanträge abstimmen:**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.9.2 Ergebnishaushalt

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den Tagesordnungspunkt auf und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.9.3 Haushaltssicherungskonzept

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den Tagesordnungspunkt auf und bat um Wortmeldungen.

Lfd. Nummer 1.1 des Haushaltssicherungskonzeptes – Personalaufwendungen:

Erster Stadtrat Stoffers informierte darüber, der Vorschlag der Verwaltung enthalte drei verschiedene Unterpunkte: 1. Abenteuerspielplatz Flutstraße, 2. Verwaltungsstelle Sengwarden, 3. sonstige Personaleinsparungen.

Abenteuerspielplatz:

Herr Prof. Reuter plädierte für den Erhalt des Abenteuerspielplatzes, jedoch zukünftig ohne städtisches Personal. **Herr Neumann** pflichtete dem bei.

Herr Tjaden bat darum, das Leistungsspektrum des Abenteuerspielplatzes auch bei künftig externer Trägerschaft nicht zu reduzieren. **Herr Stoffers** stellte klar, der Abbau von Personal müsse auch immer mit einem Abbau der Angebotstiefe einhergehen.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Erhalt des Abenteuerspielplatzes Flutstraße abstimmen:

Ja: 14 Nein: 0 Enthaltungen: 1 (Dr. von Teichman)
-einstimmig zugestimmt-

Beschluss:

„Der Abenteuerspielplatz in der Flutstraße bleibt erhalten, jedoch künftig nicht mehr mit städtischen Personal, sondern in externer Trägerschaft.“

Verwaltungsstelle Sengwarden:

Ortsbürgermeister Nittel erinnerte an die Regelungen des Grenzänderungsvertrages von 1972. Hierin wurde seinerzeit explizit die Einrichtung einer Verwaltungsstelle zur ortsnahen Erledigung von Aufgaben festgelegt. Er stellte ferner heraus, die Orte Sengwarden und Fedderwarden hätten sich auch in der Vergangenheit stets an der Konsolidierung der städtischen Finanzen beteiligt. Er verleihe seinen Befürchtungen Ausdruck, eine künftig nur noch stundenweise Besetzung der Verwaltungsstelle geriete zum Nachteil der Einwohnerinnen und Einwohner. Er bat daher um die Aufrechterhaltung des Status Quo inklusive einer Nachbesetzung der Stelle nach Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers.

Herr Weerda stellte fest, seit der Eingliederung der Orte Sengwarden und Fedderwarden in die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven seien nunmehr beinahe 40 Jahre vergangen. Mittlerweile seien die Orte seiner Meinung nach fest mit Wilhelmshaven zusammengewachsen. Es sei daher nur folgerichtig, dass die Verwaltungsstelle künftig nur noch stundenweise besetzt werde. **Herr Neumann** schloss sich diesem Vorschlag an.

Herr Stoffers zitierte aus dem Grenzänderungsvertrag von 1972. Vereinbart sei seinerzeit lediglich die Erledigung von Ordnungs- und Meldeangelegenheiten in der Verwaltungsstelle. Nach mittlerweile beinahe 40 Jahren würde heute eine Vielzahl von weiteren Aufgaben in der Verwaltungsstelle wahrgenommen. Die Verwaltung schlage nun vor, die Bearbeitungstiefe wieder auf das ursprünglich vereinbarte Aufgabenspektrum zurückzufahren. Hierzu sei eine nur noch stundenweise Besetzung der Verwaltungsstelle ausreichend.

Herr Adam vertrat die Ansicht, es müssten zumindest noch zusätzlich die Sprechstunden in Voslapp und Fedderwardergröden aufrecht erhalten bleiben.

Anschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die Reduzierung der Verwaltungsstelle Sengwarden abstimmen:

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltungen: 5 (CDU-Fraktion)
-einstimmig zugestimmt-

Beschluss:

„Die Verwaltungsstelle Sengwarden wird nach Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers nur noch an 1 Tag in der Woche besetzt.“

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über die sonstigen Personaleinsparungen aus Pkt. 1.1 des HSK abstimmen:

Ja: 10 Nein: 0 Enthaltungen: 5 (CDU-Fraktion)
-einstimmig zugestimmt-

Lfd. Nummer 2.1 des Haushaltssicherungskonzeptes – Verzicht auf neuen externen Geschäftsführer bei der WFG GmbH:

Herr Dr. von Teichman nannte die Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers bei der WFG als unabdingbar und kündigte deshalb die Ablehnung des Vorschlages durch seine Fraktion an. **Frau Bauermeister** ergänzte, es sei verabredet gewesen, einen neuen Geschäftsführer einzustellen und dann das „Referat 03“ aufzulösen. Diese Verabredung sei von der Verwaltung einzuhalten.

Oberbürgermeister Menzel erläuterte, das „Referat 03“ befasse sich mit den hoheitlichen Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung, welche aus rechtlichen Gründen nicht in einer GmbH durchgeführt werden könnten.

Herr Tjaden plädierte dafür, zunächst die Ergebnisse des „Unterausschusses zur Umstrukturierung/Neuausrichtung im Konzern Stadt“ abzuwarten. Erst dann könne entschieden werden, ob ein neuer Geschäftsführer für die WFG überhaupt benötigt werde oder ob es Alternativen gäbe.

Herr Neumann erklärte für seine Fraktion, dem Vorschlag der Verwaltung hier zuzustimmen.

Herr Prof. Reuter erklärte für seine Fraktion, dem Vorschlag ebenfalls zuzustimmen. Es sollte angestrebt werden, ab 2011 das „Referat 03“ sowie die WFG GmbH wieder zusammenzufügen und erst dann über einen neuen Geschäftsführer nachzudenken.

Herr Biehl erklärte, seine Fraktion werde dem Vorschlag ebenso zustimmen. Es sollte bis 2011 gewartet werden und die abschließende Entscheidung sollte dann dem neuen Oberbürgermeister überlassen werden.

*-Der Antrag zur Geschäftsordnung von **Herrn Weerda** auf „Ende der Debatte“ wurde mehrheitlich abgelehnt.-*

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Vorschlag 2.1 abstimmen:

Ja: 12 Nein: 2 (FDP) Enthaltungen: 1 **-mehrheitlich zugestimmt-**

Anschließend unterbrach die Vorsitzende, Frau Glaser, die laufende Sitzung von 19:35h bis 19:50h.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung schlug die Vorsitzende, **Frau Glaser**, vor, aufgrund der bereits fortgeschrittenen Uhrzeit auf eine weitere Aussprache zu den einzelnen Punkten des Haushaltssicherungskonzeptes zu verzichten und stattdessen lediglich das Abstimmungsverfahren durchzuführen.

-Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit dieser Vorgehensweise ausdrücklich einverstanden-

2.2 - **Kein Beitritt der Stadt zur JWP-Logistics-Zone**
Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 2 (FDP)
-einstimmig zugestimmt-

2.3 - **Deckelung städtischer Anteil „Jade Bay“**
Ja: 13 Nein: 0 Enthaltungen: 2 (FDP)
-einstimmig zugestimmt-

2.4 - **Aufgabe Standort der WTF in der Nordseepassage**
Ja: 14 Nein: 1 (Biehl) Enthaltungen: 0
-mehrheitlich zugestimmt-

2.5 - **Wohnortnahe Heimerziehung**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

2.6 - **Aufgabe des City Ordnungsdienstes**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

2.7 - **Meldepflicht Soldaten durchsetzen**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

2.8 - **Meldepflicht auswärtiger Arbeitnehmer durchsetzen**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

2.9 - **Reduzierung Sachkosten Leitstelle FRI-WHV**
Ja: 14 Nein: 0 Enthaltungen: 1 (Biehl)
-einstimmig zugestimmt-

2.10 - Zuschussreduzierung Kunsthalle

Ja: 8 Nein: 7 (SPD, Tjaden) Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt- (Kürzung um jährlich 10T€)**2.11 - Personal- und Betriebskosten Botanischer Garten**

Ja: 0 Nein: 15 Enthaltungen: 0

-einstimmig abgelehnt- (keine Kürzung)**2.12 - Zuschussreduzierung Stadttheater****-Vorschlag von der Verwaltung zurückgezogen-****2.13 - Gastspiele Theater am Meer**

Ja: 14 Nein: 1 (Tjaden) Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-**2.14 - Zuschussreduzierung Stadtbücherei**Vorschlag der Verwaltung:

Ja: 11 Nein: 4 Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-Energieeinsparungen:

Ja: 11 Nein: 4 Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-Überarbeitung der Entgeltstruktur:

Ja: 14 Nein: 1 Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-**2.15 - Reduzierung Schulbudgets**

Ja: 13 Nein: 1 (Tjaden) Enthaltungen: 1 (Biehl)

-mehrheitlich zugestimmt-**2.16 - Reduzierung Schulmaterialfonds**

Ja: 14 Nein: 1 (Tjaden) Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-

Herr Dr. von Teichman stellte für seine Fraktion den Antrag, den Schulmaterialfonds vollständig zu streichen. Abstimmung:

Ja: 2 (FDP) Nein: 12 Enthaltungen: 1

-mehrheitlich abgelehnt-**2.17 - Bereitstellung Turnhallen**

Ja: 14 Nein: 1 (Tjaden) Enthaltungen: 0

-mehrheitlich zugestimmt-

2.18 - **Zuschussreduzierung Sportförderung**
 Ja: 13 Nein: 1 (Tjaden) Enthaltungen: 1 (FDP)
-mehrheitlich zugestimmt-

2.19 - **VHS/MS gGmbH**
 Ja: 5 Nein: 10 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt- *(keine Kürzung, jedoch Zusammenarbeit VHS/andere Organisationen stärken, Fortbildungs- und Schulungsmaßnahmen der Stadt durch VHS, Abbau von Ermäßigungen)*

3. Optimierung der Gesellschaften:

3.1 - **SDW: Reduzierung Erstattungen der Fachbereiche**
 Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.2 - **N.N.**

3.3 - **SGW: Ausweitung Parkraumbewirtschaftung**
Rüstringer Berg:
 Ja: 6 Nein: 9 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

Mellumstraße/Metzer Weg:
 Ja: 6 Nein: 9 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

Weserstraße (Virchow-/Allerstr.):
 Ja: 1 Nein: 9 Enthaltungen: 5
-mehrheitlich abgelehnt-

Weserstraße (Virchow-/Jadeallee):
 Ja: 1 Nein: 9 Enthaltungen: 5
-mehrheitlich abgelehnt-

Bereich Strandhalle:
 Ja: 1 Nein: 11 Enthaltungen: 3
-mehrheitlich abgelehnt-

3.4 - **SGW: Aufgabe der Gärtnerei**
 Ja: 2 Nein: 8 Enthaltungen: 5
-mehrheitlich abgelehnt-

3.5 - **SGW: Abschaltung Straßenbeleuchtung**
 Ja: 3 Nein: 7 Enthaltungen: 5
-mehrheitlich abgelehnt-

3.6 - **SGW: Abschaltung Brunnen Grünanlagen**
Ja: 0 Nein: 15 Enthaltungen: 0
-einstimmig abgelehnt-

3.7 - **SGW: Abschaltung Brunnen Bahnhof-/Rheinstr**
Ja: 1 Nein: 14 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

3.7a - **SGW: Veranlagung des Winterdienstes**
Ja: 1 Nein: 14 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich abgelehnt-

3.7b - **SGW: Verzicht auf Auszubildende**
Ja: 2 Nein: 11 Enthaltungen: 2
-mehrheitlich abgelehnt-

3.7c - **SGW: Kostendeckende Gebühren Friedhof**
Ja: 2 Nein: 7 Enthaltungen: 6
-mehrheitlich abgelehnt-

3.8 - **GGs: Reduzierung lt. Schulentwicklungsplanung**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.9 - **GGs: Freigabe von Flächen im Ratrium sowie
Personalkosteneinsparungen**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.10 - **GGs: Fortsetzung der Schulentwicklungsplanung**
Ja: 14 Nein: 0 Enthaltungen: 1 (Bauermeister)
-einstimmig zugestimmt- *(Vorschläge der Arbeitsgruppe bis Anfang 2012
abwarten, keine Schulschließung Sengwarden in 2010, Verschiebung der
Einsparbeträge um 1 Jahr)*

3.11 - **N.N.**

3.12 - **Bündelung von Aufgaben in der AöR**
-Vertagung durch Beschluss des Rates-

3.13 - **WEB: Erhöhung Eigenkapitalzinsen**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.14 - **N.N.**

3.15 - **Verkauf Anteile PIZ**
Ja: 14 Nein: 0 Enthaltungen: 1 (Adam)
-einstimmig zugestimmt-

3.16 - **Verkauf Anteile JadeWeserAirport**
Ja: 13 Nein: 2 Enthaltungen: 0
-mehrheitlich zugestimmt-

3.17 - **Verschmelzung SWW/SWV**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.18 - **Verkauf Anteile Schlachthof**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

3.19 - **Schließung Freibad Nord ab 2012**
Ja: 2 (FDP) Nein: 12 Enthaltungen: 1 (Glaser)
-mehrheitlich abgelehnt-

3.20 - **Veräußerung Grundstück Luisenstraße**
Ja: 9 Nein: 6 (SPD) Enthaltungen: 0
-mehrheitlich zugestimmt-

3.21 - **Veräußerung Grundstück Deichstraße**
Ja: 9 Nein: 6 (SPD) Enthaltungen: 0
-mehrheitlich zugestimmt-

4. Einsparungen der Dezernate:

4.1 bis 4.10 - **Einsparungen der Dezernate**
Ja: 15 Nein: 0 Enthaltungen: 0
-einstimmig zugestimmt-

(Anmerkung zu Protokoll: Die überarbeitete Änderungsliste inklusive Haushaltssicherungskonzept mit den in der Sitzung des FWM beschlossenen Änderungen siehe Anlage 1 zu Protokoll)

5.9.4 Finanzhaushalt

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief den Tagesordnungspunkt auf und bat um Wortmeldungen.

Herr Schmidt formulierte für die SPD-Fraktion den Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur Klausurtagung zum Haushalt 2011 eine Planung zur Realisierung der neuen Hafentorbrücke vorzubereiten und vorzulegen“.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, ließ über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Ja: 12

Nein: 3

Enthaltungen: 0

Beschluss: Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Glaser**, über den Tagesordnungspunkt 5.9.4 abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.9.5 3. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2009/2010 einschließlich Konkretisierung des Haushaltssicherungskonzeptes

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug abschließend Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine weiteren Wortbeiträge-

(Anmerkung zu Protokoll: Die überarbeitete Nachtragshaushaltssatzung inklusive der in der Sitzung des FWM beschlossenen Änderungen siehe Anlage 3 zu Protokoll)

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 3. Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2009/2010 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einschließlich der beschlossenen Konkretisierungen des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK).

Da der Haushalt strukturell bis 2013 nicht ausgeglichen werden kann, wird als Bestandteil des HSK beschlossen, durch weitere Einsparungen im Rahmen der Fortsetzung der Konsolidierung den Haushaltsausgleich spätestens in 2015 zu erzielen.

Der Abbau der bis dahin aufgelaufenen Defizite erfolgt schrittweise ab 2016 und soll in 2025 abgeschlossen sein.

6 Bericht des Unterausschusses zur "Umstrukturierung/Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven"

Als Vorsitzender des Unterausschusses zur „Umstrukturierung / Neuausrichtung des Konzerns Stadt Wilhelmshaven“ teilte **Herr Neumann** mit, dass es zurzeit keinen neuen Sachstand im Unterausschuss gäbe.

7 Mitteilungen und Anfragen

Grüner Pfeil Bismarckstraße/Straße am Rathausplatz:

Herr Rech stellte die Frage, ob es sich bei den kürzlich durchgeführten Verkehrskontrollen hinsichtlich der Regelung „grüner Pfeil“ an der Kreuzung Bismarckstraße/Straße am Rathausplatz um eine Maßnahme der Stadtverwaltung oder um eine Maßnahme der Polizei handle. **Oberbürgermeister Menzel** erklärte, die Stadtverwaltung sei zuständig für den „ruhenden Straßenverkehr“ und die Polizei für den „fließenden Straßenverkehr“. Folglich handelte es sich bei den durchgeführten Aktionen um eine Maßnahme der Polizei.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 20:50 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer

Dateiname: 9595.16621.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 1/2010
Thema: Sitzungsdatum 15.02.2010
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 18.02.2010
Erstelldatum: 22.02.2010 09:04:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 22.02.2010 09:04:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 22.02.2010 09:04:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 30
Anzahl Wörter: 8.511 (ca.)
Anzahl Zeichen: 53.623 (ca.)